



TECHNISCHE UNIVERSITÄT  
KAISERSLAUTERN



# CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der  
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 20, No. 9/2005



**abgeschlossen am  
22. September 2005**

	<u>Seite</u>
<b>1. Congress verabschiedet Hilfspaket für Opfer des Wirbelsturmes Katrina</b>	<b>1</b>
<b>2. Streit um die Untersuchung der Wirbelsturm-Katastrophe</b>	<b>4</b>
<b>3. John G. Roberts für den Vorsitz des Verfassungsgerichts nominiert</b>	<b>5</b>
<b>4. Haushaltsberatungen 2006 dauern an</b>	<b>6</b>
<b>5. Gesetzgebungsprioritäten Präsident Bushs in Frage gestellt</b>	<b>7</b>
<b>6. Kritik an nuklearer Kooperation mit Indien</b>	<b>8</b>
<b>7. Demokratin verlangt Anhörungen zur Nuklearkriegsplanung</b>	<b>10</b>
<b>8. Neue Debatte um Terrorabwehr vor dem 11. September 2001</b>	<b>11</b>
<b>9. Offizieller Sozialbericht belegt Anstieg der Armut in den USA</b>	<b>12</b>

**9/2005**



O. Der Congress hat seine Sommerpause verkürzt und seine Arbeit auf Grund der Wirbelsturmkatastrophe im Süden der USA am 2. September 2005 wieder aufgenommen.

### **1. Congress verabschiedet Hilfspaket für Opfer des Wirbelsturmes Katrina**

Der Congress hat auf die Wirbelsturmkatastrophe des 29. August 2005, die vor allem im Bundesstaat Louisiana und der Stadt New Orleans, aber auch in Alabama und Mississippi Hunderten das Leben gekostet und Abertausende obdachlos hinterlassen hat, mit einem umfangreichen Hilfsprogramm reagiert, welches einen Umfang von 62,3 Mrd. USD hat.

Die erste Mittelzuweisung in Höhe von 10,5 Mrd. USD erfolgte im Rahmen einer so genannten *Emergency Supplemental Appropriations Bill (House Resolution 3645)* am 2. September 2005, also fünf Tage nach der Überflutung von New Orleans durch den Wirbelsturm Katrina. Die zweite Ergänzungsbewilligung für die Katastrophenhilfe in Höhe von 51,3 Mrd. USD nahm der Congress wenige Tage später am 8. September 2005 vor.

Allerdings scheint gut drei Wochen nach der Wirbelsturmkatastrophe klar, dass weitere 90-140 Mrd. USD nötig sein werden, um den Wiederaufbau der schwer getroffenen Region zu bewerkstelligen. Allein im zu 80 Prozent verwüsteten New Orleans geht man von über 200.000 zerstörten Häusern aus. Das *Congressional Budget Office (CBO)* rechnet damit, dass in Folge der Naturkatastrophe zunächst etwa 400.000 Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Entsprechend würde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der zweiten Jahreshälfte um bis zu einen Prozentpunkt fallen.

Im Congress ist man sich darüber einig, dass die Verwüstungen des Wirbelsturmes um ein Vielfaches über denen des *Hurricane Andrew* liegen, der 1992 weite Teile Südfloridas zerstört und Milliardenhilfen durch die Bundesregierung notwendig gemacht hatte. Scharfe Auseinandersetzungen gibt es allerdings mit Blick auf die Reaktionen der Bundesregierung auf die Wirbelsturmkatastrophe und hier insbesondere die Rolle des Bundesamtes für Katastrophenschutz (*Federal Emergency Management Agency, FEMA*). Dessen Krisenmanagement unter Leitung des von Präsident Bush ernannten und inzwischen zurückgetretenen Michael Brown erwies sich in der Anfangsphase der Katastrophe als vollkommen ineffizient.

Exemplarisch hierfür war der Umgang mit 20.000 in das *Convention Center* von New Orleans evakuierten, größtenteils alten, schwachen und schwarzen Flutopfern, von deren Existenz die FEMA offensichtlich zunächst nichts wusste und erst aus dem Fernsehen erfuhr. Ebenfalls beispielhaft hierfür waren die Bilder von Plünderungen und vollkommener Anarchie im Stadtgebiet von New Orleans in den ersten Tagen nach der Naturkatastrophe.

Da half es wenig, dass sich regional und überregional Verantwortliche wie die Gouverneurin von Louisiana Kathleen Babineaux Blanco oder FEMA-Chef Brown wechselseitig die Schuld für das Notfallchaos vorwarfen. Für weite Teile der amerikanischen Öffentlichkeit entstand der Eindruck eines vollkommenen Zusammenbruchs des staatlichen Notfall- und Evakuierungssystems. Die New York Times sprach von einem „vollkommenen Zusammenbruch organisierter Gesellschaft“.

Die Demokraten im Congress machten dafür vor allem die Administration Bush verantwortlich, die sie scharf angriffen. Nancy Pelosi (Cal.), die Fraktionsvorsitzende der Demokraten im Repräsentantenhaus, bezeichnete den Direktor der FEMA eine Woche nach der Flutkatastrophe im Rahmen eines Treffens mit Präsident Bush im Weißen Haus schlicht als „inkompetent“. Senator Charles Schumer (D-N.Y.) forderte seine demokratischen Fraktionskollegen im Senat dazu auf, die „peinliche Antwort“ der Bush-Administration auf die Naturkatastrophe „nicht ungestraft“ zu lassen. „Während Bewohner der Golfküste um ihr Leben kämpften“, so Schumer, „weigerte sich Vizepräsident Cheney seine Ferien in Wyoming abzukürzen“ und „Condoleezza Rice ging Schuhe kaufen auf New Yorks Fifth Avenue“. Pelosi bezog schließlich in ihre scharfe Kritik auch Präsident Bush direkt ein, den sie als „oblivious, in denial, dangerous“ bezeichnete. Ähnlich dezidiert wandten sich die Demokraten gegen die Einrichtung einer Kommission aus Mitgliedern beider Kammern zur Untersuchung der aufgetretenen Missstände in der Katastrophenhilfe, wie sie von den Republikanern vorgeschlagen wurde (vgl. dazu auch Punkt 2). Hier sei ein „unabhängiges Gremium von außen“ notwendig, um den Dingen auf den Grund zu gehen, so *Senate Minority Leader* Harry M. Reid (D-Nev.) und *House Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.) unisono.

Dem gegenüber wurden die Republikaner im Congress nicht müde darauf zu verweisen, dass die Behörden vor Ort – und hier insbesondere die demokratische Gouverneurin Louisianas – wesentlich für das Notfallchaos nach der Wirbelsturmkatastrophe verantwortlich zu machen seien. Scharf wandten sie sich auch gegen das Argument, dass die vom Congress unter Führung der republikanischen Mehrheitsfraktionen in beiden Kammern im Schnellverfahren bewilligten Mittel in Höhe von über 62 Mrd. USD nicht genügend zielgerichtet eingesetzt würden. „Natürlich“, so House Majority Leader Tom DeLay (R-Texas), „wird es verschwendetes Geld geben. Man kann nicht mit 5 Millionen Menschen umgehen und kein Geld verschwenden.“ Dennoch seien genügend Sicherungsmechanismen für die zweckgebundene Verwendung der Katastrophenhilfe durch den Congress eingebaut.

Gleichwohl wächst der politische Druck auf die Republikaner im Congress, die mit Blick auf die Zwischenwahlen des Jahres 2006 versuchen müssen den Eindruck zu zerstreuen, dass sie die Vorstellungen der Administration einfach abnicken, obwohl sich die Katastrophenschutzbehörde FEMA als vollkommen unfähig erwiesen hat. Entsprechend begannen einige fiskalkonservative Republikaner wie Lynn Westmoreland (Ga.) im Repräsentantenhaus nach der Bewilligung des Hilfspakets für die Opfer des Hurricane öffentlich darüber nachzudenken, ob die Mittelvergabe nicht stärker zweckgebunden sein müsste. Eigentlich, so Westmoreland, würden die Mittel rechnerisch ausreichen, um jeder der betroffenen Familien im Katastrophengebiet jeweils

120.000 USD zukommen zu lassen. Tatsächlich würde das Geld aber dafür gar nicht eingesetzt. Außerdem, so der republikanische Abgeordnete Jeb Hensarling (Texas), müsse die Frage danach gestellt werden, wie die Katastrophenhilfe defizitneutral, also durch Einsparungen in anderen Bereichen des Bundeshaushalts, gestaltet werden könnte, um „zukünftige Generationen“ nicht zu belasten.

Präsident Bush wiederum ist nicht nur mit Kritik aus dem Congress konfrontiert, sondern auch aus der amerikanischen Öffentlichkeit. Einer *New York Times/CBS*-Umfrage von Mitte September 2005 zu Folge hat die Zustimmung zur Amtsführung des US-Präsidenten nach der Wirbelsturmkatastrophe deutlich abgenommen und liegt derzeit nur noch bei 41 Prozent. Nach den Terrorangriffen des 11. September 2001 hatte die Zustimmung der Öffentlichkeit zu Bushs Amtsführung im Vergleich dazu noch bei 90 Prozent gelegen. Mit dem Krisenmanagement des Präsidenten im Zuge der Wirbelsturmkatastrophe zeigte sich die Hälfte aller Befragten unzufrieden. Bei den schwarzen US-Amerikanern waren nahezu Dreiviertel der von *New York Times/CBS* Befragten mit Bush nach Katrina unzufrieden.

Die wachsende Kritik der breiten Öffentlichkeit an Bush macht sich aber nicht nur an seinem Verhalten nach dem Wirbelsturm Katrina fest. Steigende Benzinpreise, die mittlerweile bei drei US-Dollar pro Gallone liegen, tragen ebenso zur wachsenden inneramerikanischen Kritik am Präsidenten bei wie die nach wie vor schwierige Lage im Irak, wo ein Ende der US-Intervention nicht in Sicht ist. Stattdessen sind mittlerweile etwa 1.900 US-Soldaten gefallen und die Militärausgaben haben sich auf 350 Mrd. USD summiert, ohne dass ein Ende der Operation in Sicht ist. Vielmehr wird erwartet, dass die Administration im Zuge der Haushaltsbewilligung 2006 weitere 45 Mrd. USD vom Congress verlangt, bevor sie im Februar 2006 einen weiteren Ergänzungshaushalt einbringen wird. Die amerikanische Öffentlichkeit ist dementsprechend mehrheitlich unzufrieden mit George W. Bushs Handhabung der Situation im Irak.

In diesem Zusammenhang ist eine Gesetzesinitiative des republikanischen Abgeordneten Phil English (Penn.) zu lesen, der für einen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak plädiert und kürzlich eine *Joint Resolution* eingebracht hat, die den Präsidenten darauf verpflichten würde, bis zum Oktober 2006 einen Plan zum Abzug der US-Truppen aus dem Irak vorzulegen. English, ein früherer Kriegsbefürworter, begründete seinen Vorstoß damit, dass die „Leute daheim“ die Richtung des US-Militäreinsatzes nicht mehr klar ausmachen könnten. Demgegenüber suchte John W. Warner (Va.), der republikanische Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Senat, die wachsende Zahl der Kritiker auch in den eigenen Reihen zu beruhigen als er nach einem Besuch vor Ort Anfang September von einem „langsamen, aber stetigen Fortschritt“ im Irak sprach. Gleichwohl scheinen die Republikaner im Congress innenpolitisch derzeit vor enormen Herausforderungen zu stehen. Einzelne den Republikanern nahe stehende Kommentatoren stellen gar eine Analogie zum Jahr 1968 her, als Rassenunruhen und Vietnamproteste eine starke Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft ankündigten. Präsident Bush hat auf die Verunsicherung in seiner Partei und im ganzen Land mit einer Rede an die Nation reagiert, in der er die volle Verantwortung übernahm und einen zügigen Wiederaufbau der betroffenen Krisenregion versprach.

## 2. Streit um die Untersuchung der Wirbelsturm-Katastrophe

Zwischen Demokraten und Republikanern im *Congress* ist Mitte September 2005 ein heftiger Streit um die Untersuchung der Katrina-Katastrophe im Süden der USA entbrannt.

Einig ist man sich mit Blick auf das generelle Versagen der Katastrophenschutzbehörde FEMA, was eine schonungslose Aufarbeitung notwendig macht. „Die mangelnde Vorbereitung auf eine Katastrophe, vor der seit Jahren gewarnt worden war und deren konkretes Eintreten mehrere Tage zuvor angekündigt wurde, ist wie die anfänglich ineffektive Reaktion der Behörden nur schwer zu verstehen“, formulierte Susan Collins (R-Maine), die Vorsitzende des *Homeland Security and Governmental Affairs Committee* im Senat.

Umstritten ist allerdings, in welcher Form die Untersuchung durchgeführt werden soll. Die Führungen der republikanischen Fraktionen im Congress favorisieren eine gemeinsame Untersuchung durch die zuständigen Ausschüsse von Repräsentantenhaus und Senat.

Collins hat in Absprache mit Joe Lieberman (D-Conn.), dem führenden Vertreter der Demokraten im Regierungskontrollausschuss des Senats, bereits mit den Vorbereitungen für Anhörungen begonnen. Im Repräsentantenhaus hat Tomas M. Davis III (R-Va.), der Vorsitzende des *House Government Reform Committee*, ebenfalls die baldige Aufnahme der Untersuchungsarbeit angekündigt.

Nach den Vorstellungen der Republikaner sollen beide Ausschüsse ihre Aktivitäten koordinieren, um Doppelungen in der Arbeit und insbesondere Belastungen durch mehrfache Vorladungen von Zeugen mit Blick auf den laufenden Wiederaufbau zu vermeiden.

Demgegenüber fordert die demokratische Oppositionsführung die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission nach dem Muster der 9/11 Commission, die paritätisch besetzt werden soll (vgl. CR 12/2002, S. 3). Hillary Clinton (D-N.Y.) hat einen entsprechenden Gesetzentwurf im Senat eingebracht.

Präsident Bush hat nach anfänglichem Zögern unter Verweis auf die laufenden Hilfsaktionen unterdessen eine regierungsinterne Analyse der Pannen und Fehler versprochen. Als Leiter des internen Untersuchungsteams benannte Bush Frances Fargos Townsend, einen Präsidentenberater in Fragen der inneren Sicherheit.

Das Tauziehen um die Form der allseits als notwendig erachteten Untersuchung zielt kurzfristig auf die Kontrolle der Fehleranalyse und eventuelle Reformempfehlungen, mittelfristig stehen dabei aber die Wahlen von 2006 und 2008 im Vordergrund.

Der Versuch der republikanischen Führungen im Congress, über die Ausschüsse der beiden Kammern die Leitlinien der Untersuchung maßgeblich zu beeinflussen, soll



offensichtlich verhindern, dass etwaige Schuldzuweisungen und Reformvorschläge eine zu hohe nationale Aufmerksamkeit bekommen und damit der Opposition Wahlkampfmunition liefern.

Der Vorschlag der Demokraten greift mit der *9/11 Commission* jedoch ein in der breiten Öffentlichkeit populäres und vielfach gepriesenes Vorbild auf. Daher scheint es (wie schon im Fall der *9/11 Commission* selbst) fraglich, ob die republikanische Führung ihre harte Parteilinie durchhalten kann.

### **3. Bush nominiert John G. Roberts für Vorsitz des Verfassungsgerichts**

Nach dem plötzlichen Tod des Vorsitzenden des US Supreme Court, Chief Justice William H. Rehnquist, Anfang September 2005, hat Präsident Bush den bisherigen Bundesrichter John G. Roberts für dessen Nachfolge vorgeschlagen.

Roberts war von Bush im Juli zunächst als Nachfolger der ausscheidenden Verfassungsrichterin Sandra Day O'Connor nominiert worden (vgl. CR 7-8/2005, S. 9). Unter dem Eindruck der harschen Kritik an der schleppenden Hilfsaktion für die Opfer des Wirbelsturms Katrina (siehe Punkt 1) sah sich der Präsident jedoch zu einem raschen und unkontroversen Nominierungsvorschlag genötigt.

Rehnquist, der seit längerem an Schilddrüsen-Krebs erkrankt war, aber Spekulationen über einen möglichen Abtritt stets zurück gewiesen hatte, war 1972 von Präsident Richard Nixon für den *Supreme Court* und 1986 von Präsident Ronald Reagan für die Position des *Chief Justice* nominiert worden.

Er galt als geradliniger Konservativer, der den Konflikt mit seinen Kollegen nicht scheute, aber das Rampenlicht der nationalen Medien zumeist vermied. Da Rehnquist im Unterschied zu der gemäßigten O'Connor eindeutig dem rechten Flügel des Richterkollegiums zugerechnet wurde, hat die Nominierung von Roberts für dessen Nachfolge dem Streit um den Kurs des *Supreme Court* zumindest vorläufig an Brisanz genommen.

In den bereits abgeschlossenen Anhörungen des Justizausschusses des Senats unter Vorsitz von Arlen Specter (R-Pa.) hat Roberts das ihm von Kommentatoren attestierte hohe Format unter Beweis gestellt und die Ausschussmitglieder über die Parteigrenzen hinweg sichtlich beeindruckt.

Selbst kritische Demokraten wie Chuck Schumer (D-N.Y.) würdigten seinen Sachverstand und seine persönliche Qualifikation. Allerdings hielten sie Roberts eine mangelnde Auskunftsbereitschaft vor und meldeten mit Blick auf seine Mitarbeit in der Reagan-Administration auch inhaltliche Bedenken an.

Senate Minority Leader Harry Reid (D-Nev.) deutete vor dem Hintergrund der Anhö-

rungen an, dass er gegen Roberts stimmen, aber eine Blockade (*filibuster*) der Nominierung nicht mittragen werde. Dies reflektiert die generelle Stimmung der Mehrheit der liberalen Demokraten im Senat.

Während damit Roberts baldige Bestätigung gesichert ist, steigt die Spannung, welchen Kandidaten oder welche Kandidatin Bush in der veränderten Situation für den Sitz von O'Connor vorschlägt.

Die Erwartung der Nominierung einer Frau oder eines Mannes mit hispanisch-amerikanischen Hintergrund ist nach der Präsentation eines „white male“ (allerdings katholischer Religionszugehörigkeit) noch gestiegen. Selbst die Gattin des Präsidenten, Laura Bush, hat ihrer Hoffnung auf eine Frau öffentlich Ausdruck gegeben.

Demgegenüber wachsen auf der konservativen Seite die Begehrlichkeiten, durch einen weiteren entsprechend konservativen Kandidaten die seit langem geforderte Kurskorrektur im Verfassungsgericht durchzusetzen.

#### **4. Haushaltsberatungen 2006 dauern an**

Die republikanischen Mehrheitsfraktionen im Congress stehen mit Blick auf den zügigen Abschluss des Bewilligungsprozesses für das Haushaltsjahr 2006, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2005 beginnt, unter wachsendem Zugzwang.

Bisher sind erst zwei der insgesamt dreizehn Bewilligungsgesetze für den Bundeshaushalt des nächsten Jahres verabschiedet und von Präsident Bush mit seiner Unterschrift in Kraft gesetzt worden. Dabei handelt es sich um die Bewilligungen für die Bereiche

- *Interior and Environment (Public Law 109-54)* und *Legislative Branch (Public Law 109-55)*.

Zwar hat das Repräsentantenhaus seine 11 weiteren Vorlagen für die noch ausstehenden Einzelbewilligungsgesetze vor der Sommerpause verabschiedet. Der Senat tut sich mit der zügigen Haushaltsbewilligung allerdings bisher schwer, was auch daran abzulesen ist, dass er zu sieben der ausstehenden Bewilligungsvorlagen bisher keine Verhandlungen im Vermittlungsausschuss aufgenommen hat.

Kompliziert wird die Zeitplanung für die Haushaltsbewilligung 2006 durch unvorhergesehene legislative Herausforderungen, die am Ende der Sommerpause entstanden sind, wie die Katastrophenhilfe für Alabama, Louisiana und Mississippi (vgl. Punkt 1) und die Bestätigung eines neuen *Chief Justice* für den Obersten Gerichtshof (vgl. Punkt 3).

Hinzu kommen Herausforderungen mit Blick auf die Feinsteuerung von Vorgaben, auf die sich die republikanischen Mehrheiten im Rahmen der *Budget Resolution 2006* im Prinzip geeinigt hatten. Diese sehen einerseits weitere Steuersenkungen in Höhe von 70 Mrd. USD während eines Zeitraumes von fünf Jahren vor. Gleichzeitig sollen in diesem Zeitraum aber auch die Staatsausgaben im Bereich des *mandatory spending* um 34,7 Mrd. USD gekürzt werden. Was dies für den Haushalt 2006 im Detail bedeutet, wird derzeit von den republikanischen Fraktionsführungen in beiden Häusern noch diskutiert.

Vor diesem Hintergrund bleibt abzuwarten, ob sich die haushaltspolitischen Ziele, die sich die Republikaner zu Beginn der Legislaturperiode gesetzt hatten, verwirklichen lassen. Tom DeLay (Texas), der republikanische *Majority Leader* im Repräsentantenhaus, hatte versprochen, dass die Republikaner „niemals wieder“ eine *Omnibus Budget Reconciliation Bill* verabschieden würden. Darunter versteht man eine Sammelbewilligung, mit welcher der Congress den jährlichen Budgetprozess dann abschließt, wenn ihm am Ende der Sitzungsperiode (vor Weihnachten) die Zeit wegläuft. In diesem Fall werden die 13 erforderlichen Bewilligungsgesetze nicht einzeln, sondern gesammelt verabschiedet.

## 5. Gesetzgebungsprioritäten Präsident Bushs in Frage gestellt

Die Auswirkungen der Sturm- und Flutkatastrophe im Süden der USA haben Anfang September 2005 die Erfolgsaussichten für die politische Agenda von Präsident George Bush und der republikanischen Congress-Fraktionen deutlich verschlechtert.

Zum einen konfrontieren die massiven Schäden in Folge von Hurrikan Katrina die republikanischen Fraktionen im Congress mit schwierigen Entscheidungen im Hinblick auf die enormen Kosten des Wiederaufbaus der betroffenen Regionen. Während Bush eine „whatever-it-takes“-Politik in Reaktion auf die Katastrophe und das anfängliche Desaster des Krisenmanagements proklamiert hat, ist in den republikanischen Fraktionen offener Streit um das Ausmaß und die Finanzierung der Bundeshilfen ausgebrochen.

Zum anderen ist die Popularität von Präsident Bush wie der Politik seiner Administration, ohnehin durch die Schwierigkeiten der Irak-Besetzung merklich belastet, einer neuerlichen Belastungsprobe ausgesetzt.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass die öffentliche Zustimmung zu Bushs Amtsführung mit Werten um 40 Prozent einen historischen Tiefpunkt erreicht hat (vgl. auch Punkt 1). Die breite öffentliche Kritik schlägt insofern zu Buche, weil sie auch Führungskompetenz des Präsidenten in Frage stellt.

Das erste Opfer der veränderten innenpolitischen Stimmungslage und verminderten Durchsetzungskraft des Präsidenten ist die im Frühjahr mit großem Aufwand gestarte-

te Initiative zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung OASDI (*Old Age, Survivors, and Disability Insurance*, vgl. CR 4/2005, S. 4).

Das Konzept der Einführung individueller Rentensparkonten (*Personal Retirement Accounts*, PRAs) sah sich bereits in der ersten Jahreshälfte mit wachsendem Widerstand der Opposition und sinkender Zustimmung der Wählerschaft konfrontiert.

Nach inhaltlichen Versuchen, die Reforminitiative im Congress am Leben zu erhalten, erklärte nun der Abgeordnete Thomas M. Reynolds (R-N.Y.), der Vorsitzende des *National Republican Congressional Campaign Committee*, das Vorhaben für ausgesetzt.

Obwohl Reynolds offensichtlich seine Erklärung nicht in Abstimmung mit der Fraktionsspitze abgegeben hat, ist davon auszugehen, dass sein *Statement* die Stimmung zumindest eines erheblichen Teils der Fraktion reflektiert.

Fraglich ist darüber hinaus die Umsetzung des Steuersenkungsprogramms der Republikaner (vgl. CR 1/2005, S. 6). Insbesondere die Fortschreibung der auslaufenden Senkung der Steuern auf Kapitalerträge und die vollständige Abschaffung der Erbschaftsteuer stehen angesichts der zusätzlichen fiskalischen Belastungen in Frage und werden zumindest vorübergehend vertagt.

Vorschläge aus den Reihen der eigenen Fraktionen, die Einführung der Ende 2003 verabschiedeten Medikamenten-Zusatzversicherung unter *Medicare* (vgl. CR 12/2003, S. 1) aufzuschieben, um so zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren, wurden vom Präsidenten kategorisch abgelehnt.

Weitere Initiativen des Präsidenten und der Republikaner zur Einwanderungspolitik oder zur Regelung der Stammzellen-Forschung sind kurzfristig gänzlich von der Tagesordnung genommen worden.

Noch nicht abzusehen sind darüber hinaus die Konsequenzen für die Irak-Politik. Während der Präsident und die Führungsspitzen der Partei bisher keinerlei Anzeichen einer Kursänderung gegeben haben, wachsen unter der Bevölkerung unter dem Eindruck der Katrina-Katastrophe die Zweifel und der Unmut über die kostspielige Militärintervention. Obwohl Beobachter bisher unter den Mitgliedern der republikanischen Congress-Fraktionen keine „Panikstimmung“ ausmachen, könnten sich die Absetzungsbewegungen vom Weißen Haus mit dem Näherrücken der Wahlen 2006 durchaus verstärken.

## **6. Kritik an nuklearer Kooperation mit Indien**

Im *International Relations Committee* des Repräsentantenhauses ist die von der Bush-Administration im Juli 2005 mit Indien vereinbarte nukleare Kooperation auf scharfe Kritik gestoßen.

Der Republikaner Jim Leach (Iowa) zeigte sich irritiert darüber, dass die Administration „ohne vorherige ernsthafte Konsultation mit dem Congress“ gehandelt hat. Ileana Ros-Lehtinen (R-Fla.) warf die Frage auf, ob die von Bush vollzogene „de facto Anerkennung Indiens als Kernwaffenstaat“ nicht mit der Non-Proliferationspolitik der USA kollidiert, durch welche die Verbreitung von Kernwaffen verhindert und die weltweite Abrüstung der vorhandenen Atomwaffen befördert werden soll.

Indien verfügt nach Einschätzung des *Bulletin of the Atomic Scientists* derzeit über etwa 40-50 einsatzbereite Nuklearsprengköpfe. In den kommenden fünf bis sieben Jahren wird mit einem Aufwuchs des indischen land-, luft- und seegestützten Nuklearwaffenarsenals auf bis zu 300-400 Gefechtsköpfe gerechnet.

Die amerikanisch-indische Vereinbarung, die am 18. Juli 2005 in Washington von Präsident Bush und Premierminister Singh unterzeichnet wurde, sieht neben der gemeinsamen Förderung der Demokratie und der stärkeren bilateralen Zusammenarbeit in der Weltraumforschung auch die zivile nukleare Kooperation beider Staaten vor. Im Umkehrschluss verpflichtet sich Indien dazu seine zivilen und militärischen Nuklearanlagen voneinander zu trennen. Die zivile Nutzung der Kernenergie durch Indien soll der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Agentur (IAEO) unterworfen werden. Allerdings muss dazu erst noch ein entsprechendes Protokoll zwischen Indien und der IAEO verhandelt werden.

Die Bush-Administration nimmt mit ihrer Entscheidung von einer ihrer alten Positionen in der Nichtverbreitungspolitik Abschied, die seit 1974 Bestand hatte und auf jede nukleare Kooperation mit Indien verzichtete. Indien hatte 1974 erstmals einen Nuklearwaffentest durchgeführt. Es hat den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) nicht unterzeichnet und im Mai 1998 gleich mehrere Kernwaffentests vorgenommen. Mit seiner Nuklearpolitik steht es (genauso wie der Nachbarstaat Pakistan) in Widerspruch zur internationalen Norm der Nichtverbreitung von Kernwaffen. Außerdem wird ihm vorgeworfen, den Iran bei der Entwicklung seines Nuklearprogrammes unterstützt zu haben.

Nicolas Burns, *Undersecretary of State for Political Affairs*, verwies dagegen auf die „außergewöhnlichen Leistungen (Indiens) im Bereich der Nichtverbreitung“. Außerdem sei eine „globale Partnerschaft“ mit Indien, einer wichtigen Regionalmacht und großen Demokratie, im vitalen nationalen Interesse der Vereinigten Staaten. Gemeint ist die von der Administration als zunehmend wichtig eingeschätzte Bedeutung Indiens als regionale Gegenmacht zur Volksrepublik China.

Ob dies den Abschied der Administration von einem alten Kernbestandteile US-amerikanischer Nichtverbreitungspolitik rechtfertigt, ließ Burns dahingestellt. Genau diese Frage aber stellt sich. Sind die USA dazu bereit für eine stärkere militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien zentrale Normen, Prinzipien und Regeln des Nichtverbreitungsregimes fallen zu lassen? Die Bereitschaft zur Relativierung des NVV ist spätestens seit der Überprüfungskonferenz des Vertrages im Mai 2005 deut-

lich erkennbar.

Freilich bedarf es zur Implementierung der nuklearen Kooperation mit Indien der Zustimmung durch den Congress. Betroffen ist die Modifizierung des *Atomic Energy Act*, beziehungsweise des *Nuclear Nonproliferation Act*, wonach die nukleare Kooperation mit Nicht-Kernwaffenstaaten, die Kernwaffenversuche durchführen, untersagt ist. Betroffen ist auch das gerade beschlossene Energiegesetz (Public Law 109-59, vgl. auch CR 7-8/2005, S. 2). Danach ist der Verkauf und Export von nuklearem Material und „sensitiver nuklearer Technologie“ an jene Staaten verboten, die vom Außenministerium als „state sponsors of terrorism“ ausgewiesen wurden, es sei denn, der Präsident hebt ein entsprechendes Exportverbot mit Verweis auf die nationale Sicherheit aus. Letzteres setzt allerdings voraus, dass sich der entsprechende Staat in den zurückliegenden 12 Monaten keine Schritte zur Proliferation von Nuklearwaffen unternommen hat.

Die Bush-Administration muss also (neben der internationalen Gemeinschaft) auch den Congress davon überzeugen, dass sie mit der nuklearen Kooperation mit Indien das richtige Signal im Kampf gegen die Nichtverbreitung von Kernwaffen gesetzt hat.

## **7. Demokratin verlangt Anhörungen zur Nuklearkriegsplanung**

Im Repräsentantenhaus hat die Demokratin Ellen Tauscher (Cal.), Mitglied des Streitkräfteausschusses, Anhörungen des Congress zur neuen Doktrin des Pentagon für *Joint Nuclear Operations* gefordert, nach dem bekannt geworden war, dass der Generalstab (*Joint Chiefs of Staff*) ein entsprechendes Strategiepapier ausgearbeitet hat. Es soll in den nächsten Wochen von Verteidigungsminister Rumsfeld autorisiert werden und die derzeit gültigen Richtlinien für den Einsatz von Nuklearwaffen aus dem Jahr 1995 ablösen.

Nach Einschätzung von Hans M. Kristensen vom *Natural Resources Defense Council*, einem unabhängigen Think Tank zu Fragen internationaler Sicherheitspolitik, legt die neue Nukleardoktrin einen stärkeren Akzent auf die Präemption, was bedeuten würde, dass die Schwelle für den tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen abgesenkt würde.

Begründet wird die Notwendigkeit der Entwicklung „präemptiver Szenarien“ in der US-amerikanischen Nukleardoktrin mit der fortgesetzten Proliferation von Massenvernichtungswaffen durch gegenwärtig etwa 30 Staaten. Das 69 Seiten umfassende so genannte „Draft Document“ vom März 2005 kann eingesehen werden unter: <http://www.nukestrat.com> ([http://www.nukestrat.com/us/jcs/JCS\\_JP3-12\\_05draft.pdf](http://www.nukestrat.com/us/jcs/JCS_JP3-12_05draft.pdf)).

Es lässt den Schluss zu, dass die Bush-Administration die Bedeutung von Nuklearwaffen für die US-Sicherheitsstrategie im Anschluss an den *Nuclear Posture Review* des Jahres 2001 zu stärken gedenkt. Die neue Nukleardoktrin knüpft damit an die „Natio-

nal Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction“ und die „National Security Strategy of the United States“ (ebenfalls aus dem Jahr 2001) an.

Die Logik des Strategiedokuments steht freilich im Widerspruch zu jeder Verringerung der Bedeutung von Nuklearwaffen in der Sicherheitsstrategie der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Vielmehr setzt sie den Akzent auf die Bedeutung offensiver Nuklearkapazitäten und lässt damit die Chancen für eine weitere Verringerung des amerikanischen Nuklearwaffenarsenals fragwürdig erscheinen.

Im Senat hat dem Vernehmen nach der zuständige Vorsitzende des *Armed Services Committee*, Senator John W. Warner (R-Va.), bisher keine Kopie der in Vorbereitung befindlichen neuen „Doctrine for Joint Nuclear Operations“ erhalten, obwohl sich aus ihr doch Konsequenzen für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Beschaffung neuer Nuklearwaffen ergeben dürfen, für deren Bewilligung der Congress zuständig ist.

## 8. Neue Debatte um Terrorabwehr vor dem 11. September 2001

Das Bekannt werden neuer Informationen über den Erkenntnisstand der US-Geheimdienste vor den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat die Debatte um die Abwehrarbeit der Regierungsbehörden Anfang August 2005 wieder angefacht.

Der republikanische Abgeordnete Curt Weldon (Pa.), prominentes Mitglied des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, hat Zeugenaussagen publik gemacht, die auf eine frühzeitige Identifizierung Mohammed Attas, des Anführers der für die Anschläge verantwortlichen Terrorzelle, hinweisen.

Weldon bezog sich auf ein geheimes Programm des Pentagon unter dem Codenamen „*Able Danger*“, das mittlerweile eingestellt worden ist, aber auf der Basis verfügbarer Geheimdienstinformationen bereits 2000 Atta als Sicherheitsrisiko identifizierte hatte.

Als Zeugen benannte Weldon zunächst Lt. Col. Anthony Shaffer, der berichtete, die Weitergabe der Informationen an das FBI sei damals durch Rechtsberater unterbunden worden.

Die vom Pentagon eingeräumte Glaubwürdigkeit der Person Shaffers wie das Auftreten weiterer Zeugen in der Folge erhärteten die Darstellungen Weldons wie seiner Quellen.

Der Abgeordnete kritisierte vor diesem Hintergrund die offizielle Untersuchung zu den Terroranschlägen (9/11 Commission) wie den Abschlussbericht der unabhängigen Kommission als unvollständig und damit irreführend (vgl. CR 7-8/2004, S. 1).

Ein Sprecher der informell weiter bestehenden Kommission wie deren Vorsitzender,

Thomas Kean (R-N.J.), wiesen die Vorwürfe allerdings zurück. Sie hätten während ihrer Beweisaufnahme keine glaubwürdigen Hinweise auf eine Identifizierung Attas erhalten.

Solchen Informationen hätten jedoch den generellen Befund des Untersuchungsberichts bestärkt, der die mangelnde Kooperation zwischen den verschiedenen Geheimdienststellen als Kernproblem der Terrorbekämpfung ausgemacht hat. Allerdings stelle sich die Frage, ob das Pentagon pflichtgemäß die Kommissionsmitarbeiter umfassend und ohne Einschränkungen über ihre Aktivitäten informiert hat.

Nachdem Vertreter des Pentagon erklärten, es lägen keine internen Informationen über entsprechende Erkenntnisse der damaligen Operation *Able Danger* vor, griff der Senat das Thema auf.

Der Justizausschuss unter Vorsitz von Arlen Specter (R-Pa.) führte in der zweiten Septemberhälfte Anhörungen zu den aufgeworfenen Fragen durch. Das Pentagon untersagte den zentralen Zeugen aus Gründen der nationalen Sicherheit jedoch die Aussage vor dem Ausschuss.

Neben Specter kritisierten auch andere demokratische und republikanische Senatoren die Verweigerungshaltung des Pentagon in ungewöhnlich scharfer Form und versprachen, das Thema weiter zu verfolgen.

Ungeachtet der Frage der Bestätigung der genannten Informationen zeigt die Episode vor allem, dass das Thema einer möglichen Verhinderung der Anschläge und der politischen Verantwortung eine unverändert hohe Brisanz hat.

## **9. Offizieller Sozialbericht belegt Anstieg der Armut in den USA**

Der Ende August 2005 veröffentlichte jährliche Sozialbericht der US-Zensusbehörde weist für 2004 einen erneuten Anstieg der Armut wie der Zahl der Personen ohne Krankenversicherung in den USA aus. Der Bericht meldet zudem stagnierende Median-Einkommen für die US-Haushalte seit 2002.

Nach den Daten der Untersuchung (*U.S. Census Bureau, Income, Poverty, and Health Insurance Coverage in the United States: 2004*, August 2004, abrufbar unter <http://www.census.gov>) wuchs die offizielle Armutsquote seit 2000 von 11,3 auf 12,7 Prozent (ca. 37 Mio. Personen). Die Zahl der Personen ohne Krankenversicherung nahm im gleichen Zeitraum von 39,8 Mio. (14,2 Prozent) auf 45,8 Mio. (15,7) zu.

Das Median-Einkommen der Haushalte stagniert seit mehreren Jahren bei ca. 44.400 USD, ungeachtet des anhaltenden Wirtschaftswachstums. Seinen bisherigen Höchstwert hatte das Median-Einkommen im Jahr 2000 mit knapp über 46.000 USD.



Die Opposition sieht sich durch den Bericht in ihrer Kritik an der Politik des Präsidenten bestätigt und hält ihm mangelndes Engagement und Versagen in der Armutsbekämpfung vor.

Vor allem unter dem Eindruck der Katrina-Katastrophe (siehe Punkt 1) im Süden der USA, welche die untersten Einkommensgruppen, denen es an Mobilität wie Ausweichquartieren mangelte, besonders hart getroffen hat, fordern sie einen Neuanfang in der Sozialpolitik.

Mit Blick auf die Schreckensbilder aus dem in weiten Teilen überfluteten New Orleans, dessen Armutsbevölkerung mehrheitlich schwarz ist, wurden auch Vorwürfe eines strukturellen Rassismus laut.

Verteidiger der Bush-Administration weisen demgegenüber darauf hin, dass Armut und Einkommen nach historischen Erfahrungen erst mit mehrjähriger Verzögerung auf wirtschaftliche Wachstumsschübe reagieren („*lagging indicators*“), dann aber zumeist alle Bevölkerungsgruppen erreichen.

Tatsächlich ist der Anstieg der Armutsquote im Umfeld der Rezession von 2001 (+1,4 Prozent) im Vergleich zu den Rezessionen von 1991 (+2,3 Prozent) und 1980/83 (+3,8 Prozent) noch relativ gering. Er liegt aber über den Werten der Konjunkturerbrüche von Anfang und Mitte der 1970er Jahre (0,5 bzw. 1,2 Prozent).

Bemerkenswert ist ferner, dass sich der Anstieg auf die weiße und schwarze Bevölkerung (+1,2 bzw. +2,2 Prozent) konzentriert, während *Hispanic* und *Asian Americans* (+0,4 bzw. -0,1 Prozent) kaum betroffen scheinen.

Aufgrund der geringeren Ausgangsbasis ist der relative Zuwachs unter der weißen Bevölkerung damit sogar am höchsten. Dies fügt sich dem seit den 1970er Jahren beobachtbaren Trend eines leicht wachsenden Armutsanteils unter der weißen Bevölkerung.

Ungeachtet dessen sieht sich die Bush-Administration aktuell in dramatischer Weise mit den Problemen der rassistisch-ethnischen Minderheiten konfrontiert, die sich in den großen Städten und urbanen Zentren konzentriert.

Eine auf diese Bevölkerungsgruppen zugeschnittene Politik der Armutsbekämpfung zu konzipieren, fällt dem Präsidenten unbeschadet seines vielfach proklamierten sozialen Gewissens und Engagements (*compassionate conservatism*) aufgrund der ideologischen Ausrichtung der Republikanischen Partei, die rigide am Prinzip formaler Gleichheit festhält, allerdings besonders schwer.

Demgegenüber stößt eine breit angelegte, kostspielige Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe für alle Bevölkerungsgruppen ohne Rücksicht auf die soziale Situation zwar auf fiskalkonservative Vorbehalte, ist aber sehr viel einfacher durchzusetzen.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion  
Dr. Söhnke Schreyer  
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat  
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck  
Technische Universität Kaiserslautern  
Postfach 3049  
D-67653 Kaiserslautern